



Lange Schlangen vor den eigens für das Referendum eingerichteten Wahllokalen in Thessaloniki.

MIT DIREKTER DEMOKRATIE GEGEN DIE KRISE

Mit einem selbstorganisierten Referendum gegen die Privatisierung der Wasserwerke setzt die griechische Stadt Thessaloniki ein eindrucksvolles Zeichen für mehr (direkte) Demokratie - und für eine demokratische Kontrolle der Daseinsvorsorge.

TEXT **CARSTEN BERG, FLORIAN SCHMITZ** FOTO **FLORIAN SCHMITZ**

Knapp zwei Millionen Menschen aus ganz Europa haben die erste europäische Bürgerinitiative (EBI) „Wasser ist ein Menschenrecht“ unterstützt und damit ihre Forderung, die Wasserversorgung nicht zu privatisieren, bekräftigt (siehe **md**magazin Nr. 100). Die EU-Kommission wies die Forderung der EBI unter dem Hinweis zurück, dass diese Frage allein eine Angelegenheit der EU-Mitgliedstaaten sei und sie selbst in diesem Bereich keine rechtliche Zuständigkeit habe. Gleichzeitig drückt sie aber den krisengeschüttelten Ländern Südeuropas

eine schmerzhaft Sparpolitik auf, zu der auch die Privatisierung öffentlicher Güter gehört. Dieser gravierende Widerspruch löst bei den Menschen nicht nur starke Gefühle der Ohnmacht und Wut aus, sondern auch Gegenwehr. In Thessaloniki haben sie beschlossen, diesem Problem mit direkter Demokratie zu begegnen und haben ein inoffizielles Referendum über die Wasserversorgung ihrer Stadt organisiert. Dass gerade in Griechenland mit seinen wenig bürger- und demokratiefreundlichen Strukturen eine solche Bewegung entsteht, grenzt an ein kleines Wunder.

Demokratische Renaissance

Die Idee dazu war nach den ersten Privatisierungsversuchen 2008 in diversen Gruppen entstanden. In Gang setzte den Prozess dann ein Aufruf der Bürgerbewegung „Soste to Nero“ (Rettet das Wasser). Ein Jahr lang bereiteten die Aktiven in Kooperation mit den Kommunen rund um die zweitgrößte Stadt des Landes ein Referendum vor, von dem sie sich vor allem Symbolkraft erhofften. Denn die griechische Gesetzgebung sieht in einem solchen Fall bislang keine offizielle Abstimmung vor – sprich, auch ein ►

deutliches Ergebnis ist für die Regierung in Athen keinesfalls bindend. Zwar sieht die griechische Verfassung seit 2006 Elemente direkter Demokratie auch auf lokaler Ebene vor, aber bis heute gibt es keine Umsetzungsverordnung, die das Verfahren im Einzelnen regelt und damit praktisch anwendbar macht.

So blieb den Bürger/innen Thessalonikis keine andere Wahl, als die Dinge in die eigenen Hände zu nehmen. Ein selbstorganisiertes Referendum bot die einzige Möglichkeit, die klare gesellschaftliche Mehrheit für den Erhalt der öffentlichen Wasserversorgung abzubilden, die durch Parlament und Regierungshandeln nicht mehr gespiegelt wurde. Die Abstimmung sollte am 18. Mai, dem Tag der Kommunalwahlen, stattfinden und wurde durch eine große Aufklärungskampagne angekündigt. Das Interesse war enorm, mehr als 1.500 freiwillige Abstimmungshelfer/innen standen bereit. Mehr als die Hälfte derjenigen, die bei den Kommunalwahlen abstimmten, votierten auch für oder gegen die Privatisierung der städtischen Wasserwerke. Das Ergebnis übertraf die kühnsten Erwartungen: Bei einer Wahlbeteiligung von rund 40 Prozent stimmten 98 Prozent gegen den Verkauf der gewinnbringenden Stadtwerke an die französische „Suez“ und die israelische „Mekorot“.

Insgesamt gaben 218.000 Bürger/innen ihre Stimme ab. Dabei hatte die griechische Regierung noch in letzter Sekunde versucht, das Referendum zu verhindern. Keine 24 Stunden vor Öffnung der Wahllokale ließ das Innenministerium verlautbaren, die Abstimmung sei aufgrund der Kopplung an die Kommunalwahl illegal. Die Aushändigung von Wahlzetteln wurde unter Strafandrohung verboten. „Das ist nur ein Bluff der Regierung“, kommen-

tierte Juan Antonio Julián, Koordinator der aus ganz Europa angereisten Wahlbeobachter/innen. „Wir glauben sogar, dass dies der ganzen Sache noch einmal an Schub verliehen hat.“

Und er behielt Recht. Die Polizei griff nicht ein. Keine/r der internationalen Beobachter/innen meldete besondere Vorkommnisse. Sie lobten im Gegenteil die gute Organisation. Wegen des Verbots aus Athen wurden kurzfristig Änderungen nötig. Die Urnen mussten außerhalb der offiziellen Wahllokale positioniert und die Listen auf Vor- und Nachnamen reduziert werden, um jede Verbindung zu den Kommunalwahlen auszuschließen. Dennoch verlief die Abstimmung reibungslos.

Die Arbeit nach dem Erfolg

In den ersten Wochen nach der Abstimmung und dem eindeutigen Ergebnis äußerten sich weder Regierung noch TAIPED, die für den Verkauf zuständige griechische Treuhand. Erst Monate später verkündete TAIPED, der Verkauf sei auf Eis gelegt. Dazu hat das erfolgreiche Referendum entscheidend beigetragen. Zwei Wochen nach der Abstimmung entschied der Oberste Staatsrat, das griechische Verfassungsgericht, Wasser sei ein Kommunalgut und somit nicht privatisierbar. Er berief sich dabei auf die Artikel 5 und 21 der Verfassung, die die öffentliche Gesundheit zur Staatssache erklären. Damit verpflichtete das Gericht die Regierung, den Verkauf der Wasserwerke nicht nur in Thessaloniki, sondern auch in Athen zu unterlassen.

Das Referendum übertraf somit die erhoffte Symbolwirkung und hat in beeindruckender Weise gezeigt, dass Bürger/innen auch im Rahmen eines nicht offiziellen Volksentscheides Einfluss nehmen können. Doch bleibt abzuwarten,

ob der Verkauf tatsächlich vom Tisch ist. Die Aktiven um ‚Soste to Nero‘ zeigen sich zwar optimistisch, hegen aber dennoch Zweifel, ob Athen Wort hält. „Das Wasser wird auch in Zukunft im Visier der freien Marktwirtschaft stehen“, erklärt Jorgos Archontopoulos, Gewerkschaftsführer der Thessaloniker Wasserwerke. „Die Aktien befinden sich immer noch in der Hand von TAIPED und wir werden so lange kämpfen, bis mindestens 51 Prozent der Anteile zurück in staatlicher Hand sind.“

Mehr Transparenz, mehr Demokratie!

Eleanna Ioannidiou, Bürgerrechtsanwältin und Abgeordnete im Stadtrat von Thessaloniki, teilt die vorsichtige Freude





Mangels Räumen gab es auch Wahllokale unter freiem Himmel.

der Veranstalter. „Das Referendum hatte großen Einfluss, weil auch Bürger/innen, die auf der Seite der Regierung stehen, sich gegen den Verkauf ausgesprochen haben. Diese Stimmen will Athen nicht verlieren. Jetzt aber brauchen wir vor allem soziale Kontrolle über das Trinkwasser, um Transparenz herzustellen.“ Jana Tsokou von „Soste to Nero“ ist der gleichen Meinung: „Wir brauchen eine Initiative, die die Bürger/innen über den Zustand der Wasserleitungen und Trinkwasserqualität informiert, um so Kontrolle auszuüben.“ Sie wertet die Abstimmung nicht allein als Kampf um das Wasser, „sondern als Kampf um das Recht, überhaupt ein Referendum halten zu dürfen.“

An potentiellen Abstimmungsthemen mangelt es nicht. Die Troika verlangt von Griechenland den Verkauf vieler weiterer öffentlicher Güter, darunter Flughäfen, Häfen, Eisenbahnnetzwerke und auch nationale „Heiligtümer“ wie Inseln und Strände. Ein Gesetz, das in Berufung auf die Verfassung die griechische Küste zum Allgemeingut erklärt, wurde hinter verschlossenen Türen einkassiert. Erst zwei hochfrequentierte Online-Petitionen brachten die Regierung dazu, den Verkauf von Strandgrundstücken zu überdenken. Eine direkte Beteiligung der Bürger/innen könnte also endlich Bewegung in den ansonsten von Intransparenz, Korruption und Günstlingswirtschaft geprägten griechischen Verwal-

tungsapparat bringen. Gleichzeitig steigt die Hoffnung, dass die für jede/n unmittelbar greifbare Frage des Wassers so etwas wie eine europäische Protest- und Demokratiebewegung entstehen lässt. /

Florian Schmitz

freier Autor aus Thessaloniki.
Bloggt unter www.eudyssee.net
über die positiven und negativen
Auswirkungen der Krise in
Griechenland.

Carsten Berg

Leiter der „ECI Campaign“
(www.citizens-initiative.eu) für
die erfolgreiche Einführung und
Umsetzung der Europäischen
Bürgerinitiative.